

Pressemitteilung
Ressorts: Lokales (Brandenburg), Politik

von U.R.I. - United against Racism and Isolation Hennigsdorf e.V.

am 17.11.2011

Neue Verwaltungsvorschrift / Protest bei Kreistagssitzung am 7.12.

Ausgrenzung ist politischer Wille der Kreisverwaltung

Die neue Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 14. Oktober könnte auch für die letzten Zweifler in Brandenburg Rechtssicherheit schaffen:
Bargeldauszahlung ist mindestens erlaubt, wenn nicht gar geboten.

Dass die Kreisverwaltung dennoch an Gutscheinen festhält, zeigt, dass tatsächlich keine rechtlichen Bedenken bestanden, sondern dass der politische Wille da ist, Flüchtlinge auszugrenzen und zu sanktionieren. Das ist institutioneller Rassismus, der sich lediglich hinter rechtlichen Argumenten versteckt.

Bereits im ersten Gespräch nach Beginn des Gutscheinboykotts im Juni erklärte Sozialdezernent Michael Garske, dass er gerne nur noch Bargeld auszahlen würde. Er halte dies aber für rechtswidrig. Diese Argumentation wurde in den vergangenen Monaten von der Kreisverwaltung und dem Landratsamt gebetsmühlenartig wiederholt und stellt sich nun als unwahr heraus.

Das Landratsamt hat heute erklärt, es halte an der Gutscheinregelung fest. Ausschließlich Bargeld gibt es lediglich für die Menschen, für die das ohnehin schon gesetzlich festgeschrieben war und die schon lange in allen anderen Landkreisen Bargeld bekommen. Es ist bedenklich, dass die Kreisverwaltung Hilfe vom Land beim Verständnis von Gesetzestexten braucht. Mindestens ebenso bedenklich ist es, wenn das Landratsamt den Erlass als Stärkung seiner Rechtsauffassung darstellt und sich dabei auf den Vorrang von Sachleistungen gegenüber Geldleistungen bezieht, offensichtlich ohne sich bewusst zu sein, dass Gutscheine keine Sachleistungen sind, vom vorrangigen Sachleistungsprinzip also ohnehin schon abgewichen wurde.

Ganz im Gegenteil widerspricht der Erlass der vorgeschobenen Rechtsauffassung des Kreises, eine Umstellung auf Bargeld sei rechtlich nicht möglich.

Am 7. Dezember ist sowohl der nächste Zahltag im Flüchtlingslager Stolpe-Süd als auch die nächste Kreistagssitzung. Wir werden die Gelegenheit nutzen und unseren Protest gegen den institutionellen Rassismus der Kreisverwaltung zum Kreistag tragen, der immer noch einen Landrat gewähren lässt, der sich nicht um Kreistagsbeschlüsse schert. Dazu werden wir alle Akteure einladen, die sich in den letzten Monaten gegen das Gutscheinsystem gewandt haben: Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, Kirchen, sowie Flüchtlingsinitiativen aus Berlin und Brandenburg.

Pressekontakt:
Tobias Becker
0176 - 7045 2745
uri-hennigsdorf@riseup.net